

14.58

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Herr Präsident! Werter Herr Bundesminister! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Kollege Graf, der von Ihnen eingebrachte Antrag für eine etwaige Zusammenlegung der Akademie der bildenden Künste Wien und der Universität für angewandte Kunst Wien ist schon ein bisschen interessant. Wir fragen uns, was Sie konkret bezwecken. Sie beziehen sich auf den Wissenschaftsrat, der überhaupt nicht von einer Zusammenlegung spricht, sondern von Dialog und Kooperationen. Worum geht es Ihnen also wirklich? Unserer Meinung nach schwingt da ein bisschen etwas anderes mit. Ich glaube eher, es geht da um eine ganz persönliche Geschichte zwischen Ihnen und der ehemaligen Rektorin der Akademie der bildenden Künste, die mittlerweile Abgeordnete ist. Diesen Eindruck haben wir einfach immer wieder, und ich glaube, wir täuschen uns nicht. *(Zwischenruf des Abg. Martin Graf, der dabei auch abwehrend beide Hände hebt.)*

Kurz und knapp: Wir sind einfach gegen Ihren Antrag, weil wir erfolgreiche und ganz gut etablierte Strukturen nicht zerschlagen wollen. Ganz klar! Die österreichischen Kunstuniversitäten sind international gefragt und anerkannt, und das soll, bitte, auch so bleiben. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Blimlinger.)*

Und ganz ehrlich: Künstlerische Ausbildung soll einfach nicht, geleitet von irgendwelchen neoliberalen Gedanken, wegrationalisiert werden. Es braucht diese künstlerische Vielfalt, und die unterschiedlichen Ausbildungen garantieren das – deshalb ein klares Nein zu Ihrem Antrag.

Viel wichtiger aber als Ihr Antrag ist, mit Verlaub, die Situation von Studierenden in Österreich. Herr Bundesminister, wir müssen Studierenden nach 20 Monaten in dieser Pandemie endlich Raum und Platz geben. Sie sind, ganz ehrlich, nach 20 Monaten am Limit – und jetzt der neue Lockdown! Erst gestern kam eine Aufforderung vonseiten der Österreichischen HochschülerInnenschaft, endlich etwas zu tun.

Die ÖH sieht die soziale Lage der Studierenden durch die Pandemie ganz klar bedroht. Das zeigt nämlich eine Befragung der ÖH und der Arbeiterkammer unter 1 000 Studierenden. Sie stellt zum einen die fehlende Unterstützung der Regierung für Studierende fest, aber auch, dass sich wirklich 75 Prozent der Studierenden im Stich gelassen fühlen. Für 30 Prozent hat sich die Lage für sie selbst durch die Pandemie verschlechtert, und über 80 Prozent berichten, dass sie eigentlich nur mit einem Job über die Runden kommen könnten. – Ganz ehrlich: Diese Jobs gibt es nicht mehr,

deshalb fordern wir als einen ganz zentralen Schritt auch schon lange die Ausweitung und die Erhöhung der Studienbeihilfe.

Zweitens fordern sie Sie auch zu einem Vorziehen der Studierenden-Sozialerhebung auf, um einfach wirklich mit Zahlen, Daten und Fakten den Studierenden zu helfen.

Herr Bundesminister, hören Sie den Appell der Studierenden und handeln Sie endlich! Ich darf Sie noch höflich darauf aufmerksam machen, dass Ihnen Kollegin Kuntzle etliche Fragen gestellt hat, die ich gerne untermauern möchte: Wie geht es ab Montag mit den Studierenden an den Unis weiter? Ich darf Sie wirklich bitten, das zu beantworten und Ihre Stimme jetzt auch an uns zu richten. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

15.01

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Blimlinger, sie wurde schon angesprochen – Bitte. *(Abg. Martin Graf: Ich möchte richtigstellen, dass wir kein persönliches Verhältnis haben!)*